

## **Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an den Landrat**

**betreffend Sammelvorlage zu zwei Postulaten zum Thema Medikamentenmissbrauch: «Medikamentenmissbrauch bei Jugendlichen» und «Prävention gegen Medikamentenmissbrauch von Jugendlichen»**

2022/108

vom 21. Juni 2022

### **1. Ausgangslage**

Der Medikamentenmissbrauch ist ein Phänomen, das zunehmend auch bei Jugendlichen mit Sorge beobachtet wird. Die grosse Bandbreite an Wirkstoffen und die relativ leichte Zugänglichkeit beunruhigen Fachleute wie Eltern gleichermassen. In zwei Postulaten von Miriam Locher und Béatrix von Sury d'Aspremont wurde das Problem thematisiert. Der Regierungsrat wird darin aufgefordert, die Gefahren und Möglichkeiten der Reduktion des Missbrauchs aufzuzeigen, niederschwellige Massnahmen (Prävention, Information, Sensibilisierung) zu prüfen sowie die dazu benötigten personellen Ressourcen und den Handlungsbedarf bei der Schulung des medizinischen Fachpersonals einer Betrachtung zu unterziehen. Beide Postulate wurden am 30. Januar 2020 eingereicht und am 11. März 2021 vom Landrat überwiesen. Der Regierungsrat hat die beiden Postulate in einer Vorlage zusammengefasst beantwortet.

Der Regierungsrat führt in der Vorlage aus, dass das Problem gesehen und auf mehreren Ebenen angegangen wird. Gemeinsam mit Basel-Stadt wurde ein Runder Tisch «Jugend und Sucht» etabliert, der dem Austausch unter den verschiedenen Anspruchsgruppen dient. Erkenntnisse daraus sind, dass der Medikamentenmissbrauch weniger verbreitet ist, als sich aufgrund der Berichterstattung in den Medien vermuten lässt. Zudem ist das Phänomen lokal stark variierend und häufig in Sub-Gruppen anzutreffen. Der Konsum findet meist in privaten Räumlichkeiten statt, was ihn schwer beobachtbar macht. Die Beschaffung verschiebt sich zusehends ins Private und auf den Schwarzmarkt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Thema von den zuständigen Behörden, den Schulen, den Fachstellen, dem Jugenddienst der Polizei sowie dem medizinischen System erkannt wurde und auf verschiedenen Ebenen angegangen wird. Dies betrifft insbesondere die Bereitstellung von Formaten der Information, Sensibilisierung für Schulen und Erziehungsberechtigte, die Integration des «neuen» Themas in die vorhandenen Angebote und Programme, die Gründung von spezifischen Gefässen (u.a. Task Force, Runder Tisch) für den Austausch und die Koordination, die Sensibilisierung des medizinischen Systems insbesondere der Apotheken, die Weiterbildung von Fachpersonen und eine Prüfung der Mitfinanzierung des Angebots «Drug Checking». Aktuell sind zudem zwei nationale Studien in Arbeit («Z-Proso» und «Wodka, Benzos & Co.»), deren Ergebnisse laut Direktion mit Spannung erwartet werden.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

### **2. Kommissionsberatung**

#### **2.1. Organisatorisches**

Die Kommission behandelte die Vorlage an ihrer Sitzung vom 10. Juni 2022 im Beisein von Regierungspräsident Thomas Weber, VGD-Generalsekretär Olivier Kungler, Joos Tarnutzer, Suchtbe-

auftragter des Kantons Basel-Landschaft, sowie Fabienne Guggisberg, zuständig für Suchtprävention im Amt für Gesundheit.

## **2.2. Eintreten**

Eintreten war unbestritten.

## **2.3. Detailberatung**

Die Kommission stellte zu ihrer Zufriedenheit fest, dass die Problematik gesehen und auf vielfältigen Ebenen ernsthaft und auf der Höhe der Zeit angegangen werde. Einzelne Stimmen verwiesen auf noch bestehende Lücken im Netz, von Ansätzen, die noch nicht voll ausgereift seien. Insbesondere mit Blick auf noch laufende Studien sprach sich deshalb eine Minderheit gegen Abschreibung der beiden Postulate aus. Der Mitbericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission wurde zur Kenntnis genommen.

In den vergangenen Jahrzehnten, und besonders seit 2014, wird beobachtet, dass immer mehr Jugendliche (wenn auch im tiefen Prozentbereich) mit Medikamenten als Rauschmittel in Kontakt kommen. Die häufigsten Medikamentengruppen sind Benzodiazepine (z. B. Xanax), Opiode (z. B. Codein) und Medikamente zur Behandlung von ADHS (z. B. Ritalin). Die Beweggründe der Jugendlichen sind laut Direktion noch unklar. Eine Rolle spielt wohl die Verherrlichung in der Hip-Hop und Rap-Kultur. Naheliegender ist aber auch der zunehmende soziale und schulische Druck und eine Hyperaktivität in sozialen Medien, die Jugendliche zu diesen relaxierenden, die Sinne betäubenden Mitteln greifen lassen. Das kann für Jugendliche schwerwiegende Konsequenzen haben, da diese Medikamente ein hohes Sucht- und Gewöhnungspotenzial aufweisen.

Ein Kommissionsmitglied wünschte sich angesichts dieser Entwicklung den Einsatz zusätzlicher Mittel, sowohl an den Schulen, die in diesem Bereich an gewisse Kapazitätsgrenzen stossen, als auch über diese hinaus. Die Direktion wies darauf hin, dass in den letzten Monaten diverse Merkblätter dazu entstanden seien und der Kanton als einer der ersten Kantone die Fachpersonen für dieses Thema sensibilisiere und aktiv auf Handlungsoptionen hinweise.

Gemäss Direktion ist der problematische Mischkonsum eher auf Stufe Sek II beobachtbar, wo ihm mit verschiedenen Massnahmen begegnet werde. Niederschwellige Massnahmen werden derzeit geprüft. Darunter befindet sich eine Aktion zur Rückgabe von Medikamenten mit dem Ziel, die Bevölkerung dafür zu sensibilisieren, dass nicht mehr benötigte Medikamente nicht in die Hausapotheke gehören, wo sie für Kinder und Jugendliche leicht zugänglich sind. Bei der Aktion «Asking for a friend» handelt es sich um ein Programm der Suchthilfe Region Basel in Kooperation mit der UPK Basel und finanzieller Unterstützung der Abteilung Sucht des Kantons Basel-Stadt, das von Baselland übernommen und für Jugendliche geöffnet werden könnte. Es ermöglicht eine anonyme Beratung zu den Themen Substanzkonsum, Mischkonsum, Safer Use oder Abhängigkeit. Das Angebot ist einmal pro Woche kostenlos erreichbar für Betroffene oder befreundete Personen von Suchtgefährdeten. Auf Sommer 2022 ist weiterhin geplant, das Projekt «Ready4life» (Lebenskompetenz- und Konsumkompetenzprojekt) von den Berufsschulen auf alle Mittelschulen auszuweiten. Es sollen jedoch eher keine neuen Massnahmen kreiert werden, da laut Direktion bereits bekannte Projekte bei den Fachpersonen und den Zielgruppen schneller ankommen.

Sucht ist ein umfassendes Thema, das auf tiefer liegende gesellschaftliche und persönliche Probleme hindeutet. Es sind immer ähnliche Gründe, die Menschen dazu bringen, über die Massen Alkohol, Medikamente, Medien oder anderes zu konsumieren. Laut Direktion ist es deshalb nicht ratsam, Programme monothematisch auszurichten. Andererseits sollte man es bei Programmen nicht belassen, sondern das Umfeld mit einbeziehen und darauf aufmerksam machen, worauf zu achten ist, wie die Warnzeichen erkannt und gehandelt werden soll. Die Menschen seien zwar meist sensibel genug und empfangen das Signal, dass etwas nicht stimmt. Zu oft werde jedoch zögerlich oder gar nicht darauf reagiert. Gespräche im Familienkreis können einerseits frühzeitig unterschwellige Konflikte freilegen, andererseits auf die Problematik aufmerksam machen. Sie sollten deshalb bereits ab Ende Primarschule immer wieder gesucht werden.

Ein Mitglied fragte, ob es ausreichend Personal und Ressourcen gebe, um die Herausforderungen in diesem Bereich auf allen Ebenen angehen zu können. Die Direktion verdeutlichte, dass man im Suchtbereich ziemlich gut aufgestellt sei, es jedoch an spezialisierten Plätzen für Jugendliche mangle. Schweizweit sei hier eine Tendenz zur Unterversorgung festzustellen. Das Problem ist, dass aufgrund der hohen Spezialisierung es den einzelnen Kantonen kaum möglich sei, das Angebot organisatorisch zu stemmen, weshalb es eigentlich überregionale Zusammenschlüsse bräuchte. Das Thema sei im Moment noch offen.

Ein Kommissionsmitglied bedauerte es, dass die Ergebnisse der beiden erwähnten nationalen Studien noch nicht vorliegen, mit denen versucht wird, zu erfassen, wie gross das Problem hierzulande konkret ist. Eine solche Datenlage müsste aber gegeben sein, um beurteilen zu können, ob die im Bericht des Regierungsrats erwähnten Massnahmen ausreichend seien.

Die Direktion verdeutlichte, dass das Problem des Medikamentenmissbrauchs, obschon im Einzelfall schlimm, gesamtheitlich nicht so gross zu sein scheine, dass es gerechtfertigt wäre, zusätzliche Mittel einzufordern. Zu dieser Erkenntnis kommen auch die zuständigen Fachpersonen der anderen Kantone. Eine vergleichbare Situation ergab sich in den 1990er Jahren, als Folienrauchen anfangs zu grosser Besorgnis Anlass gab und zu Schreckensbildern massenhaft verwahrloster Jugendlicher inspirierte – was glücklicherweise nicht eintraf. Bisherige Erkenntnisse über den Misch- und Medikamentenkonsum legen nicht den Schluss nahe, als handle es sich um eine abgekoppelte, ausser Kontrolle geratene Entwicklung. Das Phänomen passt laut Direktion vielmehr gut in die generelle Suchtentwicklung. Demnach wird bei Jugendlichen – wie auch allgemein – ein geringerer Konsum als noch vor 10 oder 20 Jahren beobachtet, dafür eine besonders vulnerable Gruppe, die umso mehr und früher konsumiert. Der richtige Ansatz wäre laut Direktion deshalb, die Leute möglichst früh zu erreichen.

Das Kommissionsmitglied befand, dass es ratsam sei, mit der Abschreibung zu warten, zumindest bis frühestens ab dem 2. Halbjahr 2022 die Daten der einen Studie vorliegen. Dieses Vorgehen wurde vom Rest der Kommission als nicht notwendig erachtet, zumal die Direktion bereits gegenüber der mitberichterstattenden Bildungs-, Kultur- und Sportkommission in Aussicht stellte, die aus den Studien resultierenden Erkenntnisse Mitte oder Ende 2023 zur Kenntnis zu bringen.

### **3. Antrag an den Landrat**

Die Kommission beantragt dem Landrat mit 10:1 Stimmen, die Postulate 2020/70 und 2020/73 abzuschreiben.

21.06.2022 / mko

### **Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission**

Balz Stückelberger, Präsident

#### **Beilage/n**

- Mitbericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

## Mitbericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

### betreffend Sammelvorlage zu zwei Postulaten zum Thema Medikamentenmissbrauch: «Medikamentenmissbrauch bei Jugendlichen» und «Prävention gegen Medikamentenmissbrauch von Jugendlichen»

2022/108

vom 7. Juni 2022

#### 1. Ausgangslage

Es wird auf den Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission sowie auf die [Landratsvorlage](#) verwiesen.

#### 2. Kommissionsberatung

##### 2.1. Organisatorisches

Die Vorlage wurde an der Sitzung vom 12. Mai 2022 im Beisein von Regierungsrätin Monica Gschwind, Generalsekretär Severin Faller, Franziska Gengenbach, Leiterin Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB), und David Stalder, Schulsozialarbeit AKJB, beraten. Fabienne Guggisberg, Suchprävention, Amt für Gesundheit, VGD, und Joos Tarnutzer, Suchbeauftragter, Amt für Gesundheit, VGD, stellten der Kommission die Vorlage vor.

##### 2.2. Detailberatung

Ein Teil der Kommission konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass eher geplant als gehandelt werde. Die Verwaltung verwies auf die verschiedenen Massnahmen: Im November des letzten Jahres habe ein Runder Tisch zum Thema Jugend und Sucht stattgefunden und der nächste befinde sich in Planung. Unter anderem aufgrund einer fehlenden aktuellen Datenlage bestünden jedoch grosse Unsicherheiten in Bezug auf das Thema. Weiter seien die Arbeiten für eine Aktion für die Rückgabe von Medikamenten und die Teilnahme am Drug-Checking Basel sowie die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt bezüglich des Angebots «Asking for a friend» aufgenommen worden. Bei letzterem handelt es sich um ein niederschwelliges Beratungsangebot, bei dem auch Fragen gestellt werden können, die konsumierende Freunde betreffen. Weil der Medikamentenmischkonsum schweizweit ein Thema sei, so die Verwaltung, sei von verschiedenen Kantonen und Organisationen mit Merkblättern und Informationen darauf reagiert worden. Es sei nicht beabsichtigt, monothematische Projekte zu starten, sondern bestehende Projekte mit dem Thema des Medikamentenmissbrauchs zu ergänzen.

Die Kommission äusserte den Wunsch, über die von der Verwaltung erwähnten zwei Studien, deren Ergebnisse Ende des Jahres vorliegen sollten, und über die daraus abgeleiteten Massnahmen für den Kanton informiert zu werden. Die Verwaltung erklärte, eine solche Information könne am sinnvollsten Mitte oder Ende 2023 erfolgen. Dann werde es auch möglich sein, über den Stand in anderen Kantonen zu informieren, wo das Thema des Medikamentenmissbrauchs auch an Aktualität gewinne.

Seitens Kommission wurde betont, die erwähnten Massnahmen sollten weiterverfolgt werden. Wichtig sei aber auch die Prävention und Thematisierung des Medikamentenmissbrauchs in den Schulen. Ein Kommissionsmitglied erkundigte sich, ob die Vermittlung in den Schulen, zusätzlich zu den anderen Angeboten, nicht schneller, besser und authentischer erfolgen könne. Die Verwaltung erklärte, der Jugenddienst der Polizei Basel-Landschaft biete an den Schulen El-

terninformationen an. Jedoch würden häufig diejenigen Erziehungsberechtigten an solchen Informationsanlässen teilnehmen, die bereits über entsprechendes Wissen verfügten. Es sei eine Herausforderung, auch die anderen zu erreichen. Bezüglich der Information der Schülerinnen und Schüler äusserte ein Kommissionsmitglied, es brauche eine eingängige Präsentation zu den Gefahren des Medikamentenkonsums, die bei den Schülerinnen und Schülern einen bleibenden Eindruck hinterlasse. Die Verwaltung riet diesbezüglich zur Vorsicht; es gelte, eine Balance zu finden, zwischen Information und dem Risiko, Jugendliche überhaupt erst dazu anzustiften, etwas auszuprobieren.

Zum Thema Intervention erläuterte die Verwaltung, die Schulleitungen seien sensibilisiert und würden sich bei Auffälligkeiten mit den Schulsozialarbeitenden und dem Jugenddienst der Polizei besprechen. Ein Kommissionsmitglied hielt fest, werde ein Missbrauch erkannt, müsse auch mit den Betroffenen das Gespräch gesucht werden. Jedoch sei der Drogenmissbrauch heute teilweise nur noch schwer erkennbar. So würden beispielweise viele Jugendlichen nicht mehr kiffen, was jeweils am Geruch festgestellt werden konnte, sondern sie würden auf Alternativen wie Cannabis-Milch ausweichen. Auf die Nachfrage, ob sich eine Verschiebung bei den konsumierten Produkten ergeben habe, erklärte die Verwaltung, es gebe verschiedene Cannabis-Produkte, jedoch würden diese nur von gewissen Kreisen konsumiert. Dies gelte auch für den Medikamentenmissbrauch, der in Sub-Gruppen beziehungsweise in Kollegenkreisen erfolge. Der Konsum von Benzodiazepinen sei nicht so leicht erkennbar, weil die Personen eher ruhig und still und nicht laut und aggressiv seien. Bemerkten Lehrpersonen jedoch eine starke Veränderung des Verhaltens und der Leistungen von Jugendlichen, hänge dies häufig mit dem Konsum von Substanzen zusammen. Früherkennung und Frühintervention seien wichtig. In einem solchen Fall sollte nicht nur mit den Betroffenen gesprochen werden, sondern auch mit dem deren Kollegenkreis.

Zur Aussage der Verwaltung, der Medikamentenmissbrauch sei weniger stark verbreitet als die Medienberichte vermuten liessen, stellte ein Kommissionsmitglied die Frage nach der Anzahl der konsumierenden Personen und wie dies zu deuten sei, dass es sich um ein lokales Phänomen handle. Die Verwaltung erklärte, es habe im Kanton Basel-Landschaft seit einer Weile Fälle gegeben, die dann auch von den Medien aufgegriffen worden seien. Der Konsum mehrerer Medikamente oder von Medikamenten und Alkohol könne sehr tragische Folgen haben. Über die Anzahl der Konsumierenden könne nur gemutmasst werden; es sei zu hoffen, dass die Ergebnisse der beiden erwähnten Studien mehr Aufschluss geben werden. Es handle sich gemäss den letzten Zahlen, die vor fünf Jahren erhoben worden seien, um wenige Prozente. Der Alkoholkonsum liege in der gleichen Altersgruppe hingegen bei 60–70 %. Mit der Verschiebung des Medikamentenkonsums und -mischkonsums in den privaten Raum seien die Jugendlichen zudem schwerer erreichbar. Dies sei insbesondere während der Pandemie der Fall gewesen.

Ein Kommissionsmitglied erachtete die Massnahme einer Informationskampagne zur Sensibilisierung von medizinischem Fachpersonal als nicht unbedingt notwendig. Wenn sich jemand mit Medikamenten und ihrer Wirkung auskenne, dann das medizinische Personal. Die Verwaltung führte aus, bei der Sensibilisierung gehe es weniger um die Inhaltsstoffe, sondern um die Wege, wie die Jugendlichen an die Substanzen gelangen. So seien beispielsweise während der Pandemie vermehrt digitale Rezepte in die Richtung, dass während der Pandemie vermehrt digitale Rezepte verschickt worden, obwohl es im Kanton Basel-Landschaft für den Austausch digitaler Rezepte noch keinen sicheren Weg gibt.

### **3. Antrag an die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission**

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission bittet die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission von den obigen Ausführungen Kenntnis zu nehmen.

07.06.2022 / ps

**Bildungs-, Kultur- und Sportkommission**

Pascal Ryf, Präsident